

Calwer Wochenblatt.

Amts- und Intelligenzblatt für den Bezirk.

In Calw abonirt man bei der Redaktion auswärts bei den Posten oder dem nächstgelegenen Postamt. Die Einrückungsgebühr beträgt 2 fr. für die dreispaltige Zeile oder deren Raum.

Das Calwer Wochenblatt erscheint wöchentlich dreimal, nämlich Dienstag, Donnerstag u. Samstag. Abonnementspreis halbjährl. 1 fl., durch die Post bezogen im Bezirk 1 fl. 8 kr., sonst in ganz Württemberg 1 fl. 15 kr.

Nro. 76.

Dienstag, den 7. Juli.

1868.

Amthche Bekanntmachungen.

Calw. Die Ortsvorsteher

werden darauf aufmerksam gemacht, daß nach Art. 6 des Finanzgesetzes vom 23. März d. J. bei allen Sporteln, welche für die Staatskasse zu erheben sind, vom 1. Juli d. J. an ein Zuschlag von 10% in der Weise statt zu finden hat, daß die hienach einzuziehenden Sportelbeträge sich je um ein Zehntel ihres bisherigen Betrags erhöhen.

Den 4. Juli 1868.

K. Oberamt. Thyen.

Revier Hirschan.

Holz-Verkauf.

Am Donnerstag, den 9. d. Mts., aus dem Staatswald Schleiborn, Ottenbronnerberg, Altbürgerberg und Welzberg:

11 Nadelholzstangen, 4-7" stark und 40 bis 50' lang, 11 1/2 Klafter Nadelholzscheiter, 52 1/2 Klafter ditto Prügel, 3 1/2 Klafter tannene Rinde, 1950 Nadelholzwellen.

Am Freitag, den 10. d. M., aus dem Staatswald Lützenhardt und Hühnerreich:

1/2 Klafter buchene Prügel, 25 1/2 Klafter Nadelholzscheiter, 113 Klafter Nadelholzprügel, 9 Klafter tannene Rinde, 25 buchene und 138 Nadelholzwellen.

Zusammenkunft am 1. Tag auf dem Altweg im Staatswald Welzberg, am 2. Tag bei der neuen Pflanzschule im Lützenhardt.

Wildberg, den 3. Juli 1868.

K. Forstamt.

Niethammer.

Die Brodtaxe

berechnet sich nach dem Schrammenpreis vom 4. Juli auf 18 kr. für 4 Pfund Kernbrod und 16 kr. für 4 Pfd. dto. schwarzes, ein Kreuzerweck muß wägen 4 1/2 Loth.

Stadtschultheißenamt.

Röthenbach.

Zugelaufener Hund.

Dem Ulrich Rothacker ist ein Wachtelhund (Wastard), weiblichen Geschlechts, schwarz mit braunen Füßen, zugelaufen; der Eigenthümer kann denselben innerhalb 10 Tagen gegen Einrückungsgebühr und Futtergeld abholen.

Röthenbach, 5. Juli 1868.

Aus Auftrag:

Schultheiß Schwämmle.

Privat-Anzeigen.

Einige erdenliche

Mädchen und Knaben

von 14 bis 18 Jahren sitzen in meiner Spinnerei sogleich Arbeit.

Friedr. Wöhrle.

Calw.

Hochzeits-Einladung.

Zu unserer Hochzeit, welche wir am nächsten

Donnerstag, den 9. d. M., im Gasthof zum Badischen Hof feiern, laden wir alle unsere werthen Freunde und Bekannte hiermit höflichst ein.

Jacob Haibt,
Acker in der Vorstadt.
Marie Glück
von Altbengstett.

Brodpreise der hiesigen Bäcker.

4 Pfund weiß Brod 19 kr., 4 Pfund schwarz Brod 17 kr.

Calw.

Rechtes italienisches

Polenta-Mehl,

echtes ungarisches dergleichen, eine gröbere, sehr nahrhafte und billige Roggerste für Arbeitsleute bei F. Schumm.

Holz-Verkauf.

Jacob Löcher in Oberkollwangen hat 12 Klafter forchene Scheiter zu verkaufen, wozu er Liebhaber freundlichst einladet.



Verloren!

ging am Sonntag auf dem Weg von Hirschan nach Calw ein Pretension mit angehängten goldenen Uhrenschlüssel und Ketten. Der redliche Finder

wird gebeten, diese Gegenstände gegen gute Belohnung bei der Exped. d. Bl. abzugeben.

Zwei schöne aufbaumene polirte

Pfeilerkommode

sind billig zu verkaufen; wo? sagt die Exped. d. Bl.

Calw.

Haus und Garten zu verkaufen.

Wegen Erwerbung eines andern Geschäfts setze ich mein zweiflochtiges Wohnhaus nebst Garten dem Verkauf aus. Liebhaber können jeden Tag Einsicht nehmen und mit mir in Unterhandlung treten.

Jacob Mayer, Stricker.

Arbeiter-Gesuch.

Ein solcher kann sogleich eintreten bei Schuhmacher Bastian.

Einen extra schönen halbenenglischen

Sher

und zwei

Mutterschweine

hat zu verkaufen Peter Gehring in Ostelsheim.

Es ist ein noch ganz schöner

Zuchrock

und ein Wammß zu verkaufen; wo? sagt die Exped. d. Bl.

Von heute an sind alle Sorten

Gurten

zu äußerst billigen Preisen bei mir zu haben.

J. Rapp, Seiler.

Mellingen.

Tüchtige

Zuchmachersgesellen

finden sofort dauernde Beschäftigung bei M. Reißbänger.

Biehwärter-Gesuch.

Ich suche einen tüchtigen Biehwärter, welcher auch mit Pferden umgehen kann, gegen hohen Lohn.

Wilhelm Wagner.

Ein gewandtes Mädchen

findet bei gutem Lohn dauernde nicht anstrengende Beschäftigung.

Bozenhardt & Schnauser.

Sirfan, den 1. Juli 1868.

Anzeige & Empfehlung.

Da ich das früher Keyppler'sche Geschäft käuflich erworben und heute eröffnet habe, erlaube mir dem geehrten Publikum mit guter und billiger Waare und freundlicher Bedienung mich bestens zu empfehlen.

Achtungsvoll

Gebhardt Hensle.

Aecht brillante Farben,
geschmackvoller, dauerhafter
Druck, Appretur wie neu.
Prompte Bedienung bei
billigen Preisen.

Agentur

der

Kunstfärberei, Druckerei & Appretur

von Albert Schumann in Esslingen a. N.

beforgt bestens

Fräulein Caroline Haas in Calw.

Die modernsten Pariser
Dessins liegen zur gefälligen
Einsicht vor.

Der Versandt geschieht jeden
Mittwoch.

Ein ordentliches Mädchen,
welches Liebe zu Kindern hat, findet eine
Stelle auf Jakobi; auch werden

2 Schlafgänger

angenommen; wo? sagt die Exped. d. Bl.
Nichtalben, Oberamts Calw.

Der Unterzeichnete hat

1800 Gulden

gegen gesetzliche Sicherheit zum Ausleihen
parat. David Wulstler.

Geld-Gesuch.

Gegen doppelte Pfandsicherheit in Gü-
tern werden in Bälde 100 fl. aufzunehmen
gesucht. Näheres bei der Exped. d. Bl.

Eine neue Hobelbank

hat zu verkaufen

Dengler.

Schreiner in Neubulach.

500 fl. Pfleggeld

hat gegen gesetzliche Sicherheit auszuleihen

Ulrich Kentschler
in Emberg.

Ein Kuhfütterer

kann sogleich gegen guten Lohn eintreten in
der G. Haydt'schen Bierbrauerei.

3-4 alte

Stiegen

hat zu verkaufen

Thudium.

Abgeordnetenwahl betreffend.

Wir verwahren uns auf das Entschiedenste gegen die im Wochen-
blatt von Gchingen aus aufgestellte Behauptung, daß die Stimmung
hier ganz für Herrn Georgii sei.

Vielmehr ist ein großer Theil der hiesigen gutdenkenden Bürger
für die Wahl des

Herrn Julius Stälin.

Deckenpfromm.

Mehrere Wähler.

Neuhengstett.

Auf den Artikel im vorletzten Wochenblatt mit der Aufschrift
Gchingen, diene den Wählern, welche die Stimmung auch in hiesiger
Gemeinde so genau kennen wollen, zur Nachricht, daß sie sich wohl
auch gewaltig täuschen können.

Im Namen vieler Wähler

Schultheiß Ayaße.

G.-Räthe Talmon, Talmon Groß, Luz, Jourdan.

Stammheim.

Dem Einsender der im Wochenblatt Nro. 74 enthaltenen Be-
hauptung eines Wahlmannes von Gchingen, daß er die sämtlichen
Gäuorte im Bezirke in ihren Ansichten genau kenne, muß hierauf
erwiedert werden, daß diese Behauptung eine unrichtige und unzuver-
lässige ist, wodurch wahrscheinlich die Wahlbewohner zu einer andern
Gesinnung bestimmt werden sollten. Nun auf diesem Wege wird
hierorts nichts erreicht und eine Umkehr zu einer andern Partei be-
zweckt, weil dieß nicht auf ehrlichem Wege geschieht, ebenso wird es
auch bei den Wählern der Waldorte sein, die wie bekanntlich nicht so
leicht zu andern Gesinnungen zu bewegen sind. Im Uebrigen schlie-
ßen sich die hiesigen Wähler der Erwiderung von Gchingen an.

Den 6. Juli 1868.

Mehrere Wahlmänner.

Zur Antwort

auf die ziemlich diplomatisirende Erklärung des Hrn. G. Dörtenbach
jun., Zollparlamentsabgeordneten für den XIV. Wahlkreis, und zugleich
zur Antwort auf den Lärmen ohne Ende, als ob der Südbund zu-
gleich der Krieg wäre, womit man die Wähler zu ängstigen und
für den von Herrn Stälin vertretenen allmäligen Anschluß
an Preußen zu gewinnen sucht, halte ich es für nöthig, den Wort-
laut der auch von Herrn Dörtenbach unterzeichneten Erklärung der
32 süddeutschen Zollparlamentsabgeordneten in Erinnerung zu brin-
gen. Die hieher gehörige Stelle lautet:

„Diesen Verhältnissen (d. h. der von dem übermächtigen Preußen
zu befürchtenden Annexion) gegenüber ist es Aufgabe, die thätkräftige
Bewahrung der Selbstständigkeit der süddeutschen Staaten mit der
aufrichtigen Erfüllung der nationalen Pflichten in Einklang zu bringen.
Den Weg zu diesem doppelten Ziel finden wir nur in einer frei-
sinnigen Politik und in der festen Verbindung der süd-
deutschen Staaten. Wir haben die Ueberzeugung gewonnen, daß
es für diese Staaten, Regierungen und Volk dringend geboten ist,
aus haltloser Vereinzelung herauszutreten, über gemeinsames Handeln
insbesondere in der Richtung auf militärischen Schutz des Südens
sich zu verständigen, auch innerhalb des Zollvereins durch gleichmäßi-
ges Vorgehen sich zur Geltung zu bringen und in gemeinmüthigen In-
stitutionen eine fruchtbare Initiative zu ergreifen. Die bestehenden
Verträge berechtigen zur Verfolgung dieses Weges. Die
Sammlung der staatlichen Kräfte Süddeutschlands zum gemeinsamen Han-
deln tritt keinem andern Theil der deutschen Nation feindselig ent-
gegen, sie wird vielmehr zwischen den Großmächten vermittelnd wir-
ken, dem europäischen Frieden und den materiellen Interessen
dienen und den süddeutschen Staaten die kräftige Erfüllung ihrer ver-
tragsmäßigen Pflichten gegen Norddeutschland möglich machen, ohne
sie der Gefahr des Aufgehens in Preußen auszusetzen.
Erkennen wir auch in der engen Verbindung der süddeutschen Staaten unter
einander nicht die endgiltige Befriedigung der nationalen Bedürfnisse,
so erscheint sie doch zur Zeit als der einzige Weg, uns unter
Vermeidung der ernstlich drohenden Gefahren dem
endlichen Ziel eines einigen und freien Deutsch-
lands entgegenzuführen.“

Folgen 32 Unterschriften, darunter Herr Dörtenbach.

Diese Erklärung spricht zu deutlich, als daß sie weiterer Zusätze
bedürfte. Es ist nichts daran abzulängeln, sondern bloß die gut
deutsche Gesinnung anzuerkennen, die derselben zu Grunde liegt und
die auch unsere Partei beseelt; der der Volkspartei in die Schuhe ge-
schobene Krieg erscheint danach als eitel Wind und Verdächtigung,
und die Wähler werden sich danach zu richten wissen.

Im Namen des Zollvereins:

E. Horlacher.

Calw.

Abgedrungene Erwiderung

auf den Artikel

„Zur Steuer der Wahrheit.“

Sehr ungern ergreife ich in gegenwärtigem Wahlkampfe noch
einmal die Feder, um die Entstellungen der Wahrheit in dem Artikel



„zur Steuer der Wahrheit“ zurückzuweisen, und spreche zugleich mein Bedauern darüber aus, daß durch die beständigen Provokationen von der Gegenseite solch unerquickliche Scenen vor dem Publikum aufgeführt werden. In jenem Artikel wird die Behauptung aufgestellt: von unserer Seite sei da und dort ausgesprochen worden, Herr Georgii verlange in seinen Wahlreden das Zerreißen des Zollvereins-Vertrags, was der Herr Verfasser des Artikels bestreitet.

In dieser Beziehung ist zu sagen, daß man in Simmozheim uns die Mittheilung machte, daß Hr. Georgii für Aufhebung der Verträge plaidirt habe. In Neublach wurde uns von ganz zuverlässiger Seite mitgetheilt, daß Hr. Georgii auf der dortigen Wähler-versammlung ausgesprochen habe: mit Donner und Blitz müssen die Verträge zerrissen und in die Rumpfkammer geworfen werden. In Neuweiler sagten bewährte Zeugen, Hr. Georgii habe gesagt, die Verträge müssen auf friedlichem Wege beseitigt werden. Was soll das heißen? Beseitigung der Verträge, dort mit Donner und Blitz, hier auf dem friedlichen Wege! Wie reimt sich das? Wer wird glauben, daß Preußen, daß der Norddeutsche Bund die Lösung dieser Verträge zugeben, ohne augenblicklich mit Waffengewalt gegen uns einzuschreiten. Und was wäre dann die Folge?

Nach diesen Mittheilungen hielten wir uns im Interesse unseres Volkes für berechtigt und verpflichtet, uns überall gegen einen solchen Vertragsbruch auszusprechen. Hr. Georgii sagt nun allerdings in seinem neuesten Programm vom Samstag, daß der Zollvereins-Vertrag aufrecht erhalten werden müsse, übrigens müsse jede Gelegenheit wahrgenommen werden, denselben wieder abzuändern, dagegen sei es Pflicht der nächsten Kammer, die Regierung zu Abänderung des Allianz-Vertrages zu veranlassen. Das ist nun allerdings eine sehr milde und bedeutend veränderte Lesart. Nun ist aber allgemein bekannt, daß Preußen bei den Unterhandlungen wiederholt aufs Bestimmteste erklärt hat, daß beide Verträge in unzertrennlichem Zusammenhange stehen, daß ohne Annahme des Allianz-Vertrags auch der Zollvereins-Vertrag nicht abgeschlossen werde, die Annahme des Zollvereins-Vertrags sei die nothwendige Bedingung der Annahme des Allianz-Vertrags, beide stehen und fallen miteinander. Diese kategorische Erklärung von Seite Preußens war hauptsächlich der Grund der Annahme des Allianz-Vertrags von Seiten der württemb. Volksvertretung.

Wer also die Abänderung des Allianz-Vertrags oder wie das Beobachters-Programm die Aufhebung beider Verträge verlangt, der verlangt auch die Aufhebung des mit dem Allianz-Vertrag in nothwendigem Zusammenhang stehenden Zollvereins-Vertrags. Daß dieses unmöglich ist und im Falle der Ausführung zu den schlimmsten Folgen führt, das haben wir auf den Wahlversammlungen auseinander gesetzt. Zu irgend welcher Verdächtigung liegt also entfernt ein Grund nicht vor.

Ferner wird in jenem Artikel gesagt: eine weitere Entstellung, um die Gemüther zu ängstigen, sei die: daß von unserer Seite behauptet worden sei, der vom Volksverein verlangte Südbund sei das Signal zu Krieg und unsäglichem Elend. Das ist total unrichtig, das hat meines Wissens Niemand gesagt. Da der Vorderatz unrichtig ist, so fallen ebendamit auch die daraus gezogenen Schlußfolgerungen und Deklamationen. Krieg, Execution &c. von Seite Preußens und des norddeutschen Bundes wurde als nothwendige Folge der Zerreißung der Verträge mit Beziehung auf das Beobachters-Programm dargestellt, nicht aber als Folge der Gründung des Südbundes.

Vom Südbund wurde gesagt, daß er, nachdem Baiern und Baden sich dagegen ausgesprochen, zur Unmöglichkeit geworden sei, er wurde bei gegenwärtiger Sachlage als eine unausführbare Idee und mit dem Apparat eines Parlaments mit Centralgewalt als der Anfang zur bleibenden Zerreißung und Theilung Deutschlands bezeichnet. Gegen den Eintritt in den norddeutschen Bund haben wir uns, wie früher, so auch diesmal auf allen Versammlungen bei der dormalen bestehenden Verfassung des norddeutschen Bundes und namentlich im Blick auf die schweren Militärlasten, welche dadurch auf unser Volk gewälzt wurden, ganz entschieden ausgesprochen. Wir müssen also die Verdächtigungen, welche der Herr Verfasser jenes Artikels in dieser Beziehung auszusprechen sich veranlaßt findet, mit gebührender Indignation zurückweisen.

Vollständig aus der Luft gegriffen ist die Behauptung, daß wir

der Beobachters-Partei den Vorwurf der Umstürzerei wegen ihres Verlangens der Ausschließung der privilegierten Stände aus der Volksvertretung gemacht haben. Niemand ist dieß eingefallen. Wir selbst theilen diese Ansicht und haben überall dasselbe Verlangen gestellt und immer stark betont, ich insbesondere, der ich zu meinem Leidwesen hinreichend die Erfahrung gemacht habe, wie sehr im Interesse unseres Volkes die Ausschließung der privilegierten Stände aus der Volks-Vertretung geboten ist. Hiernach erscheint die Schlußfolgerung des Herrn Verfassers hierüber völlig gegenstandslos.

Was in jenem Artikel weiter angeführt ist, darüber ist mir lediglich nichts bekannt.

Wir bemerken schließlich, daß wir glauben würden, die schuldige Rücksicht gegen das Publikum zu verlegen, wenn wir Alles das, was von der andern Seite bei den verschiedenen Gelegenheiten gegen uns gesprochen wurde, vor dem Publikum aufstücken würden, und bedauern, daß wir durch den wiederholten Angriff von der andern Seite zu dieser Abwehr genöthigt worden.

Am 5. Juli 1868.

Stadtschultheiß Schuldt.

Zur Abgeordnetenwahl.

Mitwähler der Stadt Calw! Nach all' den Wahlumtrieben, welche in den letzten Wochen auf Euch eingewirkt haben, wenden wir uns in der eifsten Stunde an Euch mit der ernststen Mahnung und der herzlichsten Biltte: Lasset nun den ganzen Streit noch einmal an Eurer Seele vorübergehen und prüfet noch einmal, ehe Ihr zur Wahlurne tretet, ruhig die Grundsätze und die politischen Glaubensbekenntnisse der beiden Candidaten. Es ist nicht nöthig, die Gegensätze zu wiederholen, sie sind aus dem Programm der beiden Candidaten ersichtlich und zur Genüge öffentlich besprochen und kritisiert. Aber an Euch hauptsächlich, Ihr Wähler der Stadt, richten wir ein ernstes Wort. Die hiesige Volkspartei muthet in ihrer ersten Ansprache Euch zu, einen Mann zu wählen, der, wie nicht unendlich zwischen den Zeilen zu lesen ist, von seinen eigenen Parteigenossen, als der extremsten Richtung angehörnd, bezeichnet wird. Ihr sollet dieß deswegen thun, weil sich einige Mitglieder des Volksvereins von einem Theil ihrer Gegner beleidigt glauben. Wähler der Stadt, wäre es recht, wenn wir lediglich aus persönlichen Beweggründen einen Abgeordneten in die Kammer schicken würden, der eine so ausgesprochen feindselige Stellung einer Regierung gegenüber einnimmt, der die hiesige Stadt seit den letzten Jahren so viel zu danken hat. Durch den Bau der beiden Bahnlirien sind die kühnsten Hoffnungen, die man in dieser Beziehung hegen durfte, übertroffen worden. Wie manche neue Erwerbsquellen hat der Eisenbahnbau unserer Bevölkerung während der letzten Nothjahre, wo alle Gewerbe stockten, eröffnet! Die Errichtung eines Kreis-Straf-Gerichtes in hiesiger Stadt wird eine größere Anzahl von Familien hierher ziehen, und muß dieß hauptsächlich auf die Klein-Gewerbe von entschieden günstigen Folgen sein. Auch die Gründung einer Eisenbahn-Reparatur-Werkstätte, welche von der Regierung für hiesige Stadt in Aussicht genommen ist, muß sicher einem großen Theil unserer Mitbürger vermehrte Arbeit und erhöhten Verdienst bringen. Es ist zwar wohl wahr, daß in dieser Richtung von Gunstbezeugungen nicht die Rede sein kann, die Regierung muß und wird thun, was sie für Recht hält, und unterlassen, was dem allgemeinen Interesse entgegen läuft. Aber das muß doch Jeder zugeben, sie wird sich gegen einen Bezirk, der sich ihr so offenbar feindselig gegenüber stellt, nicht so bereitwillig zeigen, wie im umgekehrten Falle. Ausgesprochener Maßen ist es für den Bahnbetrieb ganz gleichgiltig, ob genannte Reparatur-Werkstätte hier oder z. B. in Weil der Stadt steht. Wir haben wahrlich keinen Grund, der Regierung durch die Wahl eines ganz entschiedenen Oppositions-Namens ein Mißtrauens-Votum zu geben.

Wir wollen so wenig, als die Volkspartei, einen Regierungs-Mann zum Volks-Vertreter; Herr Stälin ist kein Regierungs-Candidat, er steht so unabhängig da, wie nicht leicht ein Anderer; aber er steht der Regierung nicht schroff gegenüber, und das muß jeder Ruhigdenkende zugeben, daß auf dem Wege friedlicher Besprechung und Uebereinkunft sich mehr erreichen läßt, als durch beharrliche Opposition und maßlose Forderung.

Die vielen Verdächtigungen, die gegen Julius Stälin ausgesprengt werden, sind zu unwahr und unlauter, als daß sie widerlegt zu



werden brauchen; sie beweisen nur, welch' geringe Mittel in's Wert gesetzt werden, um seine Wahl zu hintertreiben; nur auf einen Punkt wollen wir hinweisen, man sagt, er sei kein Volksmann. Allerdings gehört er derjenigen Minderheit nicht an, die sich den Namen Volkspartei beilegt und die ihr Verhalten einzig nach den — von ihrem Organe, dem Beobachter, ausgehenden Schlagwörtern einrichtet. Aber derjenigen großen Volkspartei gehört er an, zu welcher wir Alle zählen, die das wahre geistige und materielle Wohl ihrer Mitmenschen zu fördern bemüht sind. Daß Julius Stälin, daß die Familie Stälin in dieser Beziehung oben an steht, dessen ist die ganze Stadt Zeuge, und das werden auch unsere Gegner nicht in Abrede ziehen wollen. Wir erinnern nur an die großartigen, mit den humansten Einrichtungen versehenen Geschäfte, bei denen Julius Stälin als Mitleiter betheiligt ist und welchen Hunderte von Arbeitern ihr Brod verdanken.

Auch ist wohl allgemein bekannt, daß Julius Stälin die ihm von der Vorsehung beschiedenen Glücksgüter, welche von seinen Gegnern ihm so gerne zum Vorwurfe gemacht werden möchten, in würdigster Weise zum Wohle der Menschheit verwendet.

Darum nochmals, Ihr Wähler, prüfet genau! Bei ruhiger Erwägung wird Euch die Entscheidung nicht schwer werden. Ihr werdet mit uns dem Candidaten Eure Stimme geben müssen, der frei, an keine Partei gebunden, dasteht. Dieser Candidat ist

Julius Stälin,

der vermöge seiner unabhängigen Stellung sicher Euer Interesse sowohl als das Interesse des ganzen Bezirks auf das Würdigste vertreten wird!

Mehrere Wähler, die es mit der Stadt und dem Bezirk gut meinen.

Arbeiter wehrt euch.

Der Wahltag naht! Zum erstenmale ist es vielleicht Manchem von Euch vergönnt, Eure Interessen zu wahren durch Betheiligung an der Abgeordneten-Wahl. Dieses schon längst angestrebte Recht habt Ihr jetzt, Eure heiligste Pflicht ist es nun, einen würdigen Gebrauch davon zu machen und einen Mann zu wählen, dem sogar seine Gegner das Zeugniß eines Volks- und Arbeiterfreundes nicht versagen können.

Dieser Mann ist kein anderer als

Kaufmann Emil Georgii

welchen wir unsern Freunden um so mehr empfehlen können, als er nicht bloß zur Zeit der Wahl sich bewogen findet, auch mit dem geringeren Mann zu verkehren, wie sein Gegenandidat, welcher nur zur Zeit der Wahl für gut befunden, von seiner Höhe herabzusteigen, und unserselbst auch als einen Menschen zu betrachten, sondern der schon seit vielen Jahren ein warmes Herz und eine thätige Hand für die Arbeiter hatte, was von seinem Gegenandidaten nicht gesagt werden kann.

Auch in politischer Beziehung ist Herr Georgii der Mann unseres Vertrauens, da er stets Derjenige war, der gegen preussische Vergewaltigung entschieden gekämpft hat, und dessen Charakterfestigkeit uns dafür bürgt, daß er dieser Bestimmung als Abgeordneter treu bleibt.

Da bei einem so regsamem Wahlkampf scharfe Gegensätze zu Tage treten, wodurch die Arbeiter öfters in eine Lage kommen, entweder ihren Verdienst zu verlieren, oder ihre Ueberzeugung zu opfern, wenn es der Fall ist, daß der Arbeiter anderer Ansicht ist wie sein Meister oder Fabrikherr, so halten wir es für unsere Pflicht, unsere Mitarbeiter darauf aufmerksam zu machen, daß die Wahl ja geheim ist, daß kein Mensch erfahren kann, wessen Name von uns in die Wahlurne gelegt wurde, wenn Ihr selbst reinen Mund zu halten versteht.

Wahlzettel für unsern Candidaten sind überall zu haben.

Mehrere Arbeiter, deren Namen bei der Redaktion zu erfahren sind.

An die Wähler!

Der Wahltag steht vor der Thüre.

Nächsten Mittwoch hat das württembergische Volk zu entschei-

den, ob es an seinem Beschluß bei der Zollparlamentswahl am 24. März „sich nicht weiter **verpreußen** zu lassen“ festhält oder nicht.

Zwei Candidaten stehen einander gegenüber: Georgii und Stälin.

Georgii als Mann der Volkspartei von den Anhängern der Regierung bekämpft;

Stälin als Candidat der Regierung von denselben aufs Dringendste empfohlen!

Georgii hat seit 20 Jahren durch die That bewiesen, daß er bei allen Gelegenheiten für das Wohl seiner Mitbürger in uneigennützigster Weise gewirkt hat, vor 4 Jahren wurde er dafür mit der größten Stimmenzahl zum Gemeinderath gewählt. Wer ihm damals sein Vertrauen geschenkt hat, wird es ihm bei dieser wichtigen Wahl wieder schenken.

Was hat Stälin im Vergleich mit Georgii für das Wohl seiner Mitbürger gethan? Vor 7 Jahren wurde er von der Volkspartei in den Gemeinderath gewählt, weil er damals liberale Ansichten äußerte, nach Verfluß von 4 Jahren, als er nach den Grundsätzen der Volkspartei nicht wieder gewählt wurde, wurde er der Gegner der Volkspartei, und hat sich darin seither so gesteigert, daß er jetzt als der erbitterteste Feind derselben betrachtet werden darf.

Georgii ist einer der Gründer der hiesigen **Handwerkerbank**, und hat sich als Kassier seit Gründung derselben unschätzbare Verdienste um ihr Gedeihen erworben. Stälin ist in einer nach seiner Meinung kritischen Zeit aus der Handwerkerbank ausgetreten, nach seiner eigenen Aeußerung, weil ihn das Vertrauen der Mitglieder nicht in den Ausschuß berufen hatte, und er deshalb die gewünschte Einsicht in die Bücher der Bank nicht erlangen konnte.

Georgii hat sich gegen die Vermehrung der Armee, für allgemeine Wehrpflicht mit kurzer Dienstzeit ausgesprochen, und ist entschieden gegen den Anschluß an das jetzige Preußen.

Stälin erklärt Preußen für einen Musterstaat, an den man sich nach und nach anschließen müsse. Wer somit gerne nach und nach verpreußt werden will, der wähle Stälin, wer aber **deutsch** bleiben und unsere Freiheiten erhalten wissen will, der wähle

Georgii!

Georgii ist ein Mann, der seit 20 Jahren nach festen Grundsätzen handelt, der die nöthige Charakterstärke besitzt, um auf dem schlüpfrigen Boden des Ständesaals allen an ihn kommenden Versuchungen in seinen Ansichten wankelmüthig zu werden, entschiedenen Widerstand zu leisten; er sucht keinen Titel und keinen Orden und wird Derartiges auch nicht bekommen; Stälin's Verwandtschaft in Stuttgart reicht bis in's Ministerium hinauf, und ist aus diesem Grunde der Boden des Ständesaals ein viel schlüpfrigerer für ihn, als für Georgii. Wähler! wir brauchen einen Abgeordneten, der auf der Seite des **V o l k s** steht, der die Bedürfnisse des Volks aus eigener Anschauung und durch jahreslangen Verkehr mit demselben genau kennt; können aber einen solchen nicht gebrauchen, der auf der Seite der Regierung steht.

Lasset Euch daher nicht einschüchtern und Angst machen, sondern wählet einmüthig

Emil Georgii,

Kaufmann in Calw.

(Eingefendet.)

In Bezug auf die im letzten Wochenblatt erschienene Entgegnung auf den Gochinger Artikel wird hiemit ausdrücklich konstatiert, daß nach den in den letzten Tagen auf den Wahlreisen gemachten Erfahrungen die Stimmung in den Orten Dedenspfromm, Stammheim und Neuhengstett eine für **Herrn Georgii allgemein so günstige** ist, daß alle entgegengesetzten Mittheilungen bloß darauf berechnet sein können, die öffentliche Meinung zu **t ä u s c h e n**.

Berichtigung. Im letzten Calwer Wochenblatt Nr. 75, Samstag den 4. Juli 1868, ist Seite 305 Spalte 1 Linie 2 von unten zu lesen: „parlamentarischer“ statt: „zollparlamentarischer“.

Redigirt, gedruckt und verlegt von A. Delschläger.

(Mit einer Beilage.)

